

Dr.-Ing. Günter Briese

E-Mail: drgbriese@gmail.com Mobil: 0173 / 644 78 03

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN-FLUGLÄRM,
und der INTERESSENGEMEINSCHAFT ALTANSCHLIESSER SCHULZENDORF (.IGAS)

Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde

Landesregierung Brandenburg

Herrn Ministerpräsident Dr.D.Woidke

Heinrich-Mann-Allee 107

14473 Potsdam

Eichwalde, den 3.August 2017

..:Az.:.. Io + EG

Ihr Schreiben vom -

Ihr Zeichen -

Mein Schreiben vom 4.April 2017 (Politikerbrief "Europäisches
Recht ist umzusetzen: ...")

Erwartungen zur regierungsseitigen Aufnahme unseres
Politikerbriefes vom 4.April 2017 zum BER-MAWV-Komplex
anhand neuer Fakten i.S. Ihrer Positionierung zum
Dieselskandal in den Abendnachrichten des 2.August 2017

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

Ihre gestrige Meinungsäußerung zum Diesel-Skandal haben wir mit großer Freude z.K. genommen, denn Sie führten in Kritik des nur geplanten Software-Updates aus, daß EU-Vorschriften in jedem Fall erfüllt werden müßten.

Diese Positionierung ist nicht nur begrüßenswert bezüglich des Ausräufens von Wirtschaftsinteressen - Vermeidung von Fahrverboten -, Gesundheitsinteressen - Abgasschädigungen - und Eigentumsinteressen - Entschädigung - der Bürger, sondern sie ist natürlich nicht nur für den Straßenverkehr, sondern auch für den Luftverkehr und für die Wasserwirtschaft M a ß s t a b i.S. unseres Politikerbriefes.

Wir erwarten deshalb nunmehr ungeduldig Ihre Zustimmung auch zu den darin vertretenen Positionen, wie

- zum Luftverkehr in der Region allein von Schönefeld SXF und Tegel TXL, zumindest für einen Interims-Zeitraum bis zur Inbetriebnahme eines BER in Sperenberg oder an anderem geeigneten Ort, auch bezugnehmend auf das Tegel-Gutachten der Firma Frontier Economics Ltd., Kölln, das Ryanair-Investmentangebot für Tegel TXL in Höhe von 1,3 Mrd.€, die Drei-Flughäfen- und Luftverkehrs-Neuordnung-Diskussion im Abgeordnetenhaus von Berlin, dem Deutschen Bundestag und in der Bundesregierung von Bundesverkehrsminister Dobrindt,

- 1969-2014 45 Jahre Autor zur Volkswirtschaftslehre in zwei Wirtschaftssystemen
- 1952 Betrieblicher Techniker-Abschluß, Elektro-Apparate-Werk Berlin-Treptow
- 1957 Ing. für elektrische Anlagen und Geräte, Fachschule für Schweremaschinenbau und Elektrotechnik Berlin-Lichtenberg
- 1973 Hochschul-Ing. für Elektrotechnik, Humboldt-Universität zu Berlin, Sect. Elektronik
- 1973-75 Diplomierung und Promotion als Techniker mit Übersetzungen zur Systemfunktionsarbeit von Erhebungsprozessen aller Art mit Hilfe von heuristischen, Simulations- und algorithmischen Programmen
- 1972,1974 Fichtpreisträger und Ausbildungsleiter der Humboldt-Universität von Berlin
- 1957-64 Akademie-Dozent für Mathematik, Physik und technische Fächer
- 1990-96 Rechtsberater und Bearbeiter juristischer Grundstofffragen in HEINRICH MEIERHOF (HME) Lehr- und Vortragstätigkeit zu allgemeinen Rechts- und Sozialfragen im Auftrage des Landesministers Cottbus
- 1953-73 Selbständiger Konstrukteur
- 1973-91 Ingenieur für entwicklungsbegleitende Standardisierung/Konverg
- 1994 Bauleitplaner
- um 1950 Veröffentlichung "Zur Thematik 'Freistuffmolekulare' mit der Berechnung möglicher fertigungsbedingter Maßabweichungen für Typen, Sorten und Größen für Duroplast-Feststoffteile, HASSE UND LAUSCHKE
- 1966 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutz der Volkswirtschaft gegen den Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus zur Anpassung des Fließverhaltens (Verteidigung der Einführung des sojetischen Ost-Toleranz- und Passungssystem gegenüber der Einführung des internationalen ISO-Toleranz- und Passungssystem) Leiter privater interdisziplinärer Forschungsgruppe zur Studie zur Substitution von Metall durch Plastik in der Volkswirtschaft i.A. des ASW Berlin (Teil1: Ermittlung erforderlicher Aufgaben für Forschung/Entwicklung und Standardisierung, Teil2: Entwicklungs-Aufgabenfolge-Netzplan, Kosten-Nutzen-Analyse) mit den Co-Autoren Dr. Wilfried Schief, Zentrallaborator für Kunststoffverarbeitung Leipzig und Dipl.-Phys. Dieter von Straußnitz, TU Dresden
- 1965-69 Berechnung der Relation von geometrischer Toleranz (statist. Methode) zu statistischer Toleranz (vacuo-Qua-Methode) für Maßketten zur Erzielung von Fertigungskostenminderung durch größere Bauteiltoleranzen (unveröffentlicht, aber erprobt)
- um 1970 Ermittlung der Parameter des Elastifizierungsprozesses von Duroplast-Feststoffen aus Abmaß-Büßelgitter-Verteilungen, Eröffnungsvortrag der Sektion Kunststoffverarbeitung einer der Internationalen Fachtagungen HASI/ST/ST/ST der Kaiser-der-Technik, Dresden
- um 1975 Analyse des volkswirtschaftlichen Führungsplanes der Sojetunion im Rahmen des Promotioverfahrens, Humboldt-Universität zu Berlin
- 1980 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutz der Volkswirtschaft gegen den Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus (Verteidigung der Einführung der sojetischen Zulassungsmethoden in der Neb-, Steuer- und Regelungslehre)
- 1980 Dissertationsskizzen in HEINRICH MEIERHOF 29(1980) H.4 S.182
- Jan.1990 Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft mit Gersondeschen Skizzen über BESES FORM an Zentralen Bundes Tisch und Regierung
- 1996/97 Vorschlag zur Einführung einer Tobin-Steuer (Spekulations-Disparität) und eines neuen Bretton-Woods-Abkommens (Gente Wechselkurse) an die Oppositions-Parteien des Deutschen Bundestages zur Bewältigung von Globalisierungsproblemen noch vor der ERO-Einführung
- 2003-04 Vorschläge zur Einführung des Bruttoveredelungsprodukt (BVP) als volkswirtschaftliche Kenngröße für den Beitritt zur ERO-Zone an die Bundesregierung und an die Landesregierung Brandenburg
- 2003-09 Vorschläge zu kurz- und mittelfristigen Maßnahmen für die Bewältigung der Welt-Energie- und -Wirtschaftskrisen sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen
- 1994-2014 Kritischer Begleiter des Erhebungsprozesses Flughafen Berlin Brandenburg International (BER) durch Veröffentlichungen, Petitionen, Vorträge, Vorschläge, Auswertungen und Presse-Informationen und -Erläuterungen im Rahmen der EICHWALDER BE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER.
In enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM (vgl. <http://berlin-brandenburg-21.de> sowie www.eichwalde.com und www.btb-er.de)
- 2016 Auszeichnung zum 50.Eichwalder Rosenfest mit der EHRENMEDAILLE FÜR BESONDERE VERDIENSTE UM DIE GEMEINDE EICHWALDE durch wissenschaftliche Arbeit in Bürgerinitiativen

sowie auch

- zur Subventionierung des BER-Projektes unfreiwilliger Art durch Anschlußbeiträge bezüglich der Rückzahlung aller Altanschließerbeiträge aufgrund der dieser Forderung Rechnung tragenden schon sechs Landgerichtsurteile und nun auch eines Oberverwaltungsgerichtsurteiles.

Da um Schönefeld bis jetzt viel weniger Schallschutzmaßnahmen realisiert wurden, als um Tegel TXL, ist die geforderte Beibehaltung des Luftverkehrssplittings gleichzeitig als gerechter Kompromiß wertbar, da die Belastung beiderseits schon seit Jahrzehnten anhält.

Auch die Luftverkehrsfährdung durch Terroranschläge, Laserpointerattacken oder Drohnen ist in und um Schönefeld genau so existent wie in Tegel, und deren Wahrscheinlichkeit kann ebenfalls je Flughafenumfeld nur durch weniger Luftverkehr erreicht werden.

Und wegen der Eindeutigkeit der zu MAW-Verfahren im Politikerbrief dargestellten Rechtslage bedarf es m.E. zur Klärung noch nicht einmal der zum Diesel-Skandal von Justizminister Maas angeregten Sammelklage (MAZ 1. August 2017, Seite 9) - lediglich für die Beitragsrückzahlungserzwingung, sofern Regierung, Parlament und Zweckverband nicht einlenken.

Den Ihrerseits kritisierten Ausschluß Brandenburgs als pendlerseitig betroffenem Bundesland vom gestrigen "Diesel-Gipfel" in Berlin tragen wir mit (MAZ 3. August 2017, Titelseite), wie auch die Stellungnahme von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks,

- "Die Bevölkerung hat ein Recht auf saubere Luft!" mit Hinweis auf die Verfahrensweise beim BER-Projekt, sowie auch Ihre Stellungnahme, - "Die Menschen haben der Politik und Industrie geglaubt - und dürfen dafür nicht bestraft werden!" mit Hinweis auf die MAW-Verfahrensweise i. Vbdg. mit dem BER-Projekt.

Ihr zum Diesel-Gipfel-Ausschluß als Betroffener formulierter Unmut,

- "Daher ist es nicht nachvollziehbar, warum wir nicht dabei sind.", können wir als beim BER-Projekt seit Jahren Ausgeschlossene bezüglich des bisher fehlenden Gehörs zu unseren großen Zusendungen an das Land Brandenburg

- . von 2011, speziell zu unzutreffenden Dauerlämpegele,
- . von 2013, speziell zu Spitzenlämpegele, Lärmstörpegele und Rechtsverstößen gegen übergeordnetes Recht, und
- . vom Mai diesen Jahres als Zusammenfassung in aktualisierter Form und speziell zu Vermögensschäden durch die Flughafen-Co-Finanzierung wider Willen und Rechtsvorschriften durch Wasserdienstleistungs-Zahlungen an den MAW

durchaus nachvollziehen.

Wir hoffen, daß Ihre neue diesbezügliche Erfahrung Sie nachfühlen läßt, wie groß Unmut und Empörung inzwischen über die vergleichbare Behandlung der Bürgergruppierungen von BER-Anliegern herrscht, sowie daß Sie diese Erfahrung zum Umdenken anregen könnte.

Es kann ja nicht sein, daß um sachliche Lösungen bemühte Bürger i. Vbdg. z.B. mit der begründeten Forderung zur Offerhaltung Tegels als nur mental agierende "Populisten" abgestempelt werden, denn dies beschädigt die demokratische Diskussionskultur.

Ich gestatte mir hierzu, Ihnen die Presse-Erklärung "Wird es verdienstvoll, für das Establishment ein 'Populist' zu sein? ..." beizulegen, um die Problematik in Kurzform zu veranschaulichen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. G. Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT,
ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT

Anlage

EICHWALDER BÜRGERINITIATIVE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT
in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER Ost-West-Aktions-Gemeinschaft,
c./o. Stubenrauchstr.71, 15732 Eichwalde,
in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM
und der INTERESSENGEMEINSCHAFT ALTANSCHLIESSER SCHULZENDORF (IGAS)

Eichwalde, am 30.Juli 2017
Az.: Io + EG

PRESSE - ERKLÄRUNG

Bürgerinitiativen als einsame Quellen des investigativen Journalismus ?
- zu "Und wo bleibt die Kritik ? Studie: Journalisten übernehmen die
Sicht der politischen Elite", MAZ 22./23.Juli 2017 -

Investigativer Journalismus fühlt sich der Wahrheit verpflichtet, um Informationsdefizite auszuräumen, Verworrenes durch Analysen verständlich zu entwirren, mit Vorurteilen aufzuräumen und angeblich alternativlose Positionen des Establishments zu hinterfragen.

Die vorgen. Studie der Hamburg Media School und der Universität Leipzig kann man dem investigativen Journalismus zuordnen, weil sie zum Erfassen der Arbeitsweise der Medien nicht weniger als 30000 Medienberichte erfaßte und teils analytisch auswertete, ob gesamtdeutsche, regionale oder Online-Medien.

Das Ergebnis ist erschreckend, aber für viele Bürgerinitiativen nicht erstaunlich:

Der Studienleiter und Medienwissenschaftler Michael Haller teilte dazu mit: "Statt als **neutraler Beobachter** die Politik und deren Vollzugsorgane kritisch zu begleiten und nachzufragen, **übernahm der Informationsjournalismus die Sicht**, auch die **Losungen der politischen Elite**. ... Die von den Journalisten beschriebene Wirklichkeit sei weit entfernt von der Lebenswelt eines großen Teiles des Publikums, ... Die Befunde belegen die **große Entfremdung**, die zwischen dem **etablierten Journalismus** und **Teilen der Bevölkerung** entstanden sei."

Wer zum Teil bereits seit Jahrzehnten, wie zum BER-Projekt, oder seit Jahren, wie bei der Altanschießerproblematik, gegen die offizielle und offiziöse (FBB GmbH, MAWV) Meinung mit sachlichen Argumenten ankämpft, sieht sich lediglich in seiner bisherigen Meinung und Erfahrung bestätigt !

Und da echte grundsätzliche Fakten der Bürgerinitiativen, z.B. zu Verstößen gegen übergeordnetes Recht, von der Presse aus grundsätzlich nicht in die Öffentlichkeit gelangen, sondern in der Regel ausschließlich die Argumente des Establishments, werden deren Verfechter in der Presse auch noch als "Populisten" beschimpft - aber "populismusinfiziert" in vollem oder Teil-Maßstab sind gemäß einer Studie der Bertelsmann-Stiftung nun schon über 60% der Bürger, fast also schon die verfassungsändernd befugte Mehrheit der Bevölkerung (MAZ 26.Juli 2017, S.4) !

Wen wundert 's noch ? Und leider ist die diese Studie veröffentlichende MAZ nicht auszunehmen, wenn sie z.B. statt fundierter Berechnungen des internationalen Flughafenplaners D. Faulenbach da Costa zum BER-Schallschutz mit Bezug auf den "BER-Schallschutztag" so irrwitzige FBB-Meinungen veröffentlicht, wonach die BER-Schallschutzzonenfläche z.B. 130 km breit (!) und 1000 km lang (!) sein müßte ! Berichtigung nach Kritik ? Fehlanzeige ! Bei solcher Verfahrensweise erstaunt es dann auch nicht, daß BER-Probleme aufdeckende Bürger, die daraus auf das erforderliche Offenhalten von Tegel TXL schließen, als "Tegel-Fans" und "Populisten" beschimpft werden !

Und auch die Positionen von MAWV-Chef Sczepanski, genau so widersinnig und rechtsignorant, werden immer wieder in verschiedenen Presseorganen veröffentlicht, obwohl sie doch durch Analysen der Bürgergruppierungen und höchstrichterliche Urteile schon längst widerlegt sind. Fundierte Gegenmeinungen veröffentlichen ? Fehlanzeige !

Nur wenn durch Richtersprüche gegen die bisherige Sicht des Establishments, evt. noch unterstützt durch Vertreter der Politik, bedingt ist, daß fallspezifisch die Wahrheit nicht mehr der Öffentlichkeit vorenthalten werden kann, erfolgt hierzu eine Veröffentlichung in der Presse im allgemeinen. Warum ist das wohl so ? Schon vor vielen Jahren entgegnete mir eine Journalistin auf diese Frage: "Ich würde doch gerne - aber wir dürfen doch nicht!" Und vielleicht war selbst diese Antwort schon oberhalb einer "roten Linie", denn diese Redaktion gibt es inzwischen nicht mehr !

Der MAZ-Beitrag zum Ergebnis der Pressestudie bestärkt mich in der in der Presse-Erklärung vom 28.Juli 2017 vertretenen Meinung, daß es als verdienstvoll anzusehen sei, vom Establishment als "Populist" betitelt zu werden !

Denn vom Establishment als "Populisten" bezeichnete Bürger sind schließlich in der Informationsbranche tätige aktive Bürger, die die Wahrheit in populärer Form in die Öffentlichkeit befördern, auch wenn sie der "offiziellen" Blickrichtung widersprechen.

Auch in Brandenburger Medien wirkt eben noch oder schon wieder der sprichwörtliche "Untertanengeist", der in einem übersteigerten Tabuismus, Ignoranz, Subalternämie und Claqueurismus seinen Ausdruck findet - eine Erkrankung der Gesellschaft bezüglich entglittener moralischer Maßstäbe. Politische "Problemthemen" werden allgemein tabuisiert und unliebliche Fakten allgemein ignoriert in subaltern-devoter Verbeugung vor dem Establishment, als deren Claque man sich allgemein betätigt in öffentlicher möglichst lauthalsiger Zustimmung zu allen Entscheidungen, zu denen Gegenargumente unveröffentlicht bleiben - "Gefälligkeitsjournalismus" statt investigativer Journalismus also !

Umso lobenswerter sind alle Ausnahmen davon, welche es erfreulicherweise in Pressekreisen auch noch gibt und welche teils als "Whistleblower" bezeichnet werden und welche sich deshalb auch nicht angesprochen fühlen sollten von meiner Allgemeinkritik.

Eigne Informationskanäle, wie die BVBB-Presseschau oder die Internet-Plattform unserer Gruppierung unter <http://berlin-Brandenburg-21.de> sind also für die kritischen Bürgerinitiativen unverzichtbarer Bestandteil ihrer Arbeit zur Erzielung rechtskonformer und sachgerechter Lösungen von gesellschaftlich bedeutsamen Problemen gemäß demokratischen und sozialmarktwirtschaftlichen Maßstäben.

All denjenigen, welche dabei mitwirken, gilt der Dank der Mehrheit der Bevölkerung!



- Dr.G.Briese,

EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ
UND NACHTFLUGVERBOT -